

Empfehlungen für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung

– Infrastrukturprojekte –

Anna Renkamp
Christina Tillmann

Berlin, 04. September 2012

Blick auf Chancen von Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten durch einen neutralen Akteur...

Prozess- und Problemanalyse

- Verfahrensbestandteile und Prozessschritte
- Einfluss der verschiedenen Akteure und Entscheidungskompetenzen

Empfehlungen für Bürgerbeteiligung

- Wie kann **Transparenz** verbessert werden?
- Wann und mit welchen Formaten sollten **Bürger** einbezogen werden?
- Wann sollten die **Parlamente** einbezogen werden?

Wirksame Bürgerbeteiligung, die zu tragfähigen politischen Lösungen führt

...unter Einbeziehung von Fachleuten!

Strukturierte **Interviews** mit Praktikern/Prozessbeteiligten während der Erstellung der Studie zu beiden Fragestellungen



Workshop mit Praktikern /Prozessbeteiligten zur Validierung der Prozessanalyse und Schärfung der Empfehlungen



Ziel des Symposiums:

Unsere Empfehlungen diskutieren, Ihre Anregungen und Feedback aufnehmen

Prozesse sind von langer Dauer, wechselnden Zuständigkeiten und Exekutivpräsenz geprägt

Prozess: Bundesfernstraßen



Prozess: Industrieanlagen und Kraftwerke



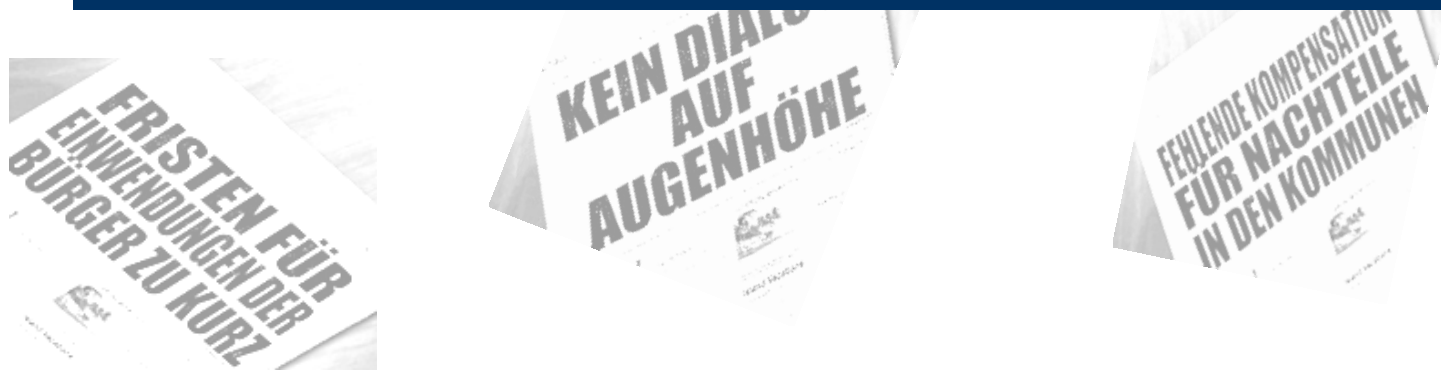
Beteiligung in den formellen Verfahren in der Kritik...



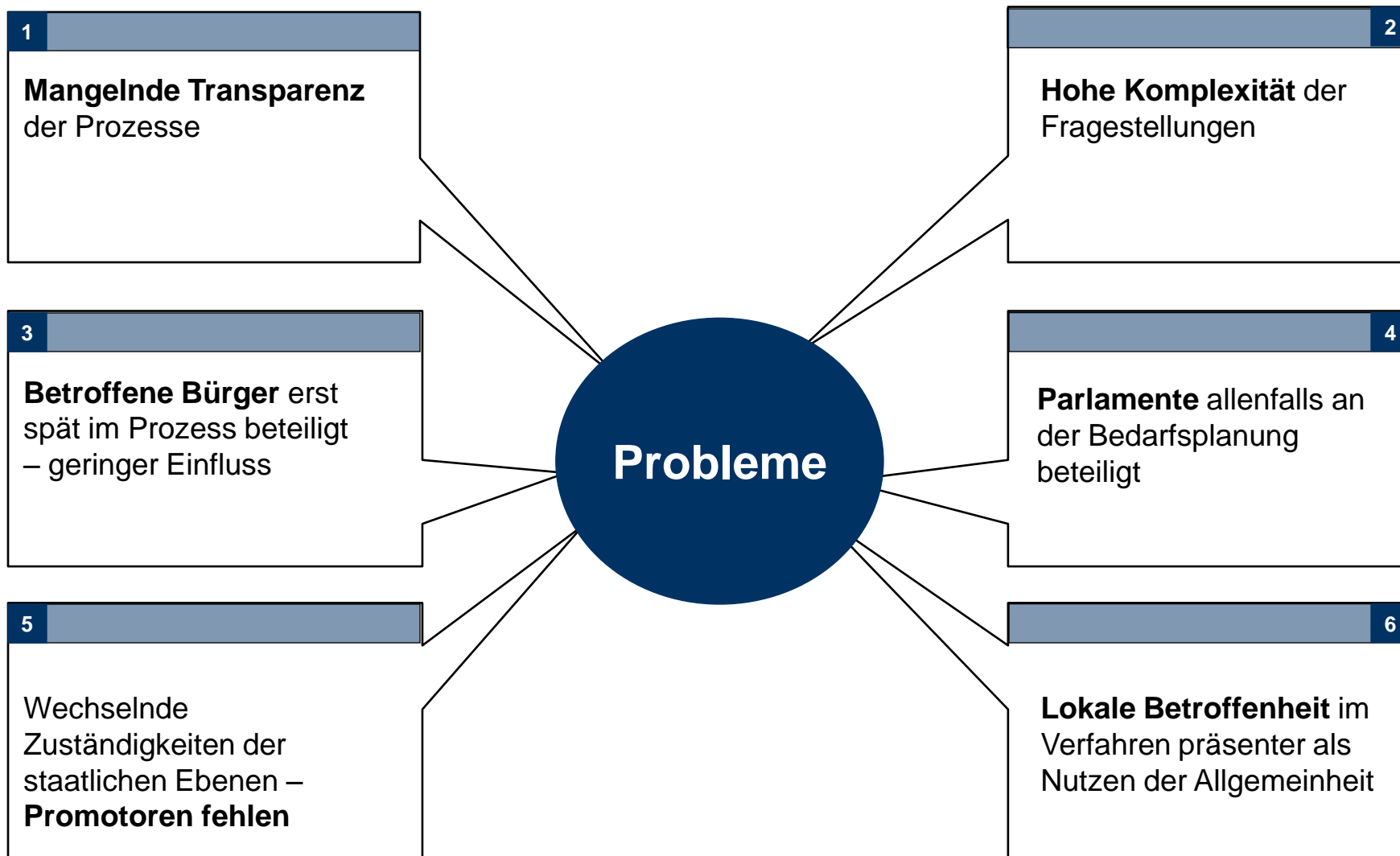
Beteiligung in den formellen Verfahren in der Kritik...



...erfüllt rechtsstaatliche Aufgabe - aber ist nicht originär ein Instrument politischer Teilhabe



Probleme bei Transparenz und Bürgerbeteiligung



1. Umfassende Transparenz über alle – auch behördeninterne – Prozessschritte

Zentrales Online - Informationssystem für Verkehrsinfrastruktur

Zentrale und bundesweite Informationen für Bürger über die Planung, Genehmigung und Realisierung von Verkehrsinfrastrukturprojekten

*Warum ist das Projekt erforderlich? Wozu dienen welche Prozessschritte?
Welche Entscheidungen werden von wem getroffen? Was ist der aktuelle Stand?
Wie können Bürger sich beteiligen? Wer ist Ansprechpartner?*

2. Bürger früh beteiligen – bereits an der Bedarfsplanung

Beteiligung der Bürger an der Grundkonzeption des Bundesverkehrswegeplans

Welche verkehrspolitischen Ziele wollen wir in Deutschland verfolgen? Welche Verkehrsnetze und welche Verkehrsträger (Straße, Schiene, Wasserstraßen) sollen Priorität haben? Wie sollen die finanziellen Ressourcen zwischen den Verkehrsträgern verteilt werden?

Beteiligung der Bürger und Parlamente an der Sammlung der Verkehrsprojekte für den Bundesverkehrswegeplan

Welche Verkehrsprojekte wollen wir in unserem Bundesland verfolgen? Welche Projekte sollen Priorität haben?

3. Bürger an den konkreten Projektplanungen beteiligen

Bürger-Planungswerkstätten zur Identifizierung von Trassenvarianten vor dem ROV

Welche Vor- und Nachteile haben die Trassenvarianten? Welche Alternativen gibt es? Wer ist von den Auswirkungen wie betroffen? Welche Trasse favorisieren die Bürger?

Offene Planungsdialoge zur Feinplanung und Minimierung der Belastungen vor dem PFV

Wie soll die Trasse genau gestaltet werden? Wie können Belastungen für Mensch und Natur minimiert werden? Welche Ausgleichsmaßnahmen sollen geplant werden?

4. Die Vielfalt der Interessen abbilden und mit offenen Karten spielen

Dialoge organisieren – Die komplette Bandbreite an Interessen sichtbar machen

Alle Fakten und alle Interessen offen kommunizieren, in jedem Prozessschritt die Notwendigkeit des Projektes begründen, Promotoren aktivieren, auch Befürworter mobilisieren, ausgewogene Debatten mit Gegnern und Befürwortern organisieren, positiv und negativ Betroffene zu Wort kommen lassen

*Wer vertritt welche Interessen? Wem nützt das Projekt?
Wem schadet es? Welche Vor- und welche Nachteile hat das Projekt?*



5. Spielräume nutzen – Neue Kommunikations- und Beteiligungskultur

Rollenwandel und Kompetenzaufbau voranbringen

Kommunikation und Beteiligung als selbstverständliche Bestandteile von Planung, Kommunikation auf Augenhöhe mit Bürgern, neues Verständnis über Rollen und Aufgaben in den Behörden und beim Vorhabenträger

Wie sieht die neue Rolle aus? Welche Kompetenzen brauchen Vorhabenträger und Behörden? Wie kann sichergestellt werden, dass vorhandene formale Beteiligungsmöglichkeiten optimiert und informelle Beteiligungsangebote mit hoher Qualität umgesetzt werden?

Einige Fragen bleiben noch offen...

Verstärkte Einbindung der Parlamente und/oder Einbindung der Bürger – *und was bedeutet das für die Prozessdauer?*

Wie kann der geforderte Haltungswandel in der Verwaltung vorangebracht werden?

Welche Formaten ermöglichen die Einbindung der Bürgern schon bei der Bedarfsplanung – *und wie bleibt die gewonnene Legitimation bestehen?*

Wie identifiziert wer die Projekte, bei denen eine vertiefte Bürgerbeteiligung angebracht ist?



Danke für Ihre Aufmerksamkeit

Anna Renkamp
Project Manager „Politik gemeinsam gestalten“
Bertelsmann Stiftung

05241 – 81 81145
anna.renkamp@bertelsmann-stiftung.de

Christina Tillmann
Projektleiterin „Politik gemeinsam gestalten“
Bertelsmann Stiftung

05241 – 81 81335
christina.tillmann@bertelsmann-stiftung.de